

Mythos Demografie

Demografie wird zur Demagogie	1
Generationenkonflikt Jung gegen Alt?	4
Demografische Veränderungen	6
Demografischer Wandel: Nichts Neues	8
Zuwanderung	9
Mehr Beschäftigung entschärft Demografie	10
Produktivität schlägt Demografie	13
Soziale Konflikte	16
Demografie erzwingt keine Rentenkürzung	18
Politische Gestaltung gefordert	20



ver.di

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Herausgeber:

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.

Bundesvorstand

Ressort 2

Potsdamer Platz 10

10785 Berlin

Verantwortlich:

Margret Mönig-Raane

Bearbeitung:

Bereich Wirtschaftspolitik

Michael Schlecht (Bereichsleiter)

Ralf Krämer

Dr. Sabine Reiner

Dr. Norbert Reuter

Anita Weber

Kontakt:

Wirtschaftspolitik@verdi.de

www.verdi.de/wirtschaftspolitik

Gestaltung:

Hansen Kommunikation, Köln

Karikaturen:

Reinhard Alff, Dortmund

Druck:

Apm AG Eppelheim,

Niederlassung Frankfurt a. M.

W-2011-10-0903

Oktober 2003

Hinweis:

Die Berechnungen dieser Broschüre beruhen auf der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung, die am 6. Juni 2003 vorgestellt wurde.

Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands von 2002 bis 2050.

10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2003.

Demografie wird zur Demagogie

Kanzler Schröder hat im März 2003 in seiner Regierungserklärung den Weg in den massiven Sozialabbau gewiesen. Die Kernbegründung: die veränderte Altersstruktur der Bevölkerung, der demografische Wandel zwingt zum Handeln. CDU-Vorsitzende Angela Merkel verschärft in der gleichen Parlamentssitzung den Angriff auf den Sozialstaat: „All das, was heute hier gesagt wurde, reicht bei weitem nicht aus, um die demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft wirklich zu beschreiben.“

Bei den Parteien im Bundestag besteht mittlerweile ein breiter Konsens: Die Überalterung unserer Gesellschaft ist eines der wichtigsten Probleme. Vergleiche mit einer „demografischen Zeitbombe“, die „immer lauter tickt“, sind in den Medien an der Tagesordnung.

Die Devise lautet: „Weg mit den alten sozialstaatlichen Zöpfen. Den Sozialstaat in seiner heutigen Form können wir uns nicht mehr leisten.“ Für Rot-Grün sowie Schwarz-Gelb ist klar: Eine höhere finanzielle Last für uns, drastische Einschnitte in die Sozialversicherung, Privatisierungen und Kürzungen bei der Rente werden als Notwendigkeiten ohne Alternative propagiert.

Vorwand für Sozialabbau

Kanzler Schröder verkauft uns den Sozialabbau als moderne, mutige Politik, mit der Schlimmeres verhindert werden soll.

Für die gegenwärtigen Finanzierungsprobleme des Sozialstaats ist neben Fehlern in der Steuer- und Finanzpolitik jedoch vor allem die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich. „Bis dato hat Deutschland noch gar keines der viel bemühten strukturellen Alterungs- und Demografieprobleme“, so auch Thomas Fricke jüngst in der *Financial Times Deutschland*. Zur Begründung für den gegenwärtigen Sozialabbau wird dennoch die Demografie als Vorwand genutzt.

„Wir Sozialdemokraten haben in der Vergangenheit die drohende Überalterung unserer Gesellschaft verschlafen. Jetzt sind wir aufgewacht. Unsere Antwort heißt: Agenda 2010! Die Demografie macht den Umbau unserer Sozialsysteme zwingend notwendig.“

Franz Müntefering im Sommer 2003 auf einer Betriebsrätekonferenz

„Und wir müssen anerkennen und aussprechen, dass die Altersentwicklung unserer Gesellschaft, wenn wir jetzt nichts ändern, schon zu unseren Lebzeiten dazu führen würde, dass unsere vorbildlichen Systeme der Gesundheitsversorgung und der Alterssicherung nicht mehr bezahlbar wären. Was wir heute beweisen müssen, ist der Mut, Neues zu wagen. Dabei werden wir uns von manchem, was uns lieb – und leider auch: teuer – geworden ist, verabschieden müssen.“

Kanzler Schröder, SPD-Sonderparteitag 1. Juni 2003

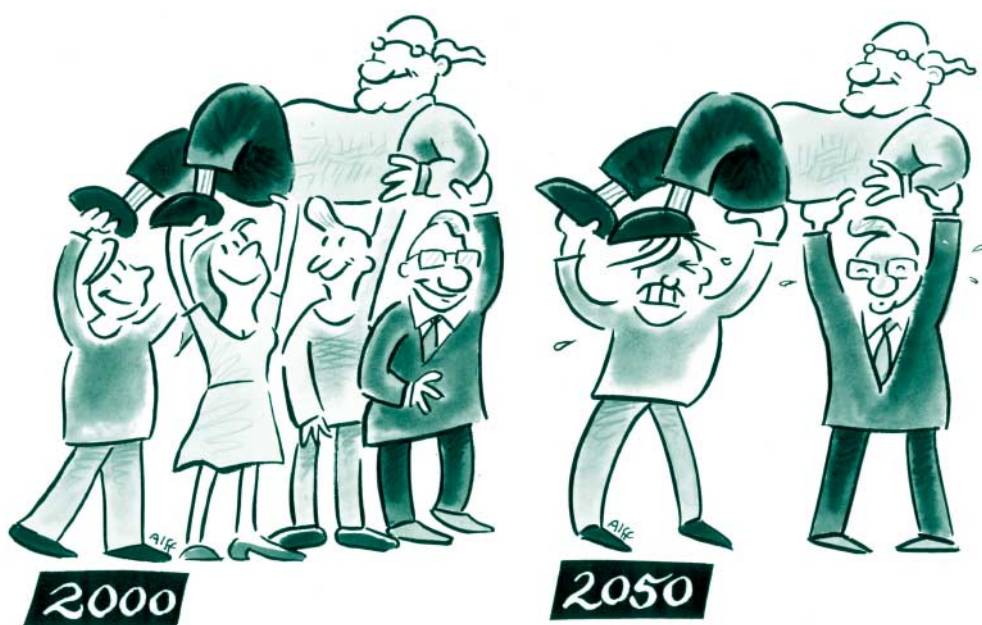
Demografie wird zur Demagogie

2

Die „demografische Zeitbombe“ wird scheinbar eingängig illustriert: Heute kommen noch knapp vier Erwerbsfähige auf einen über 65-Jährigen. In 50 Jahren werden es nur noch zwei sein. Vielen scheint sofort einsichtig, dass das nicht gut gehen kann. Wenn die Menschen immer länger leben und gleichzeitig immer weniger Kinder bekommen, dann scheinen „natürliche“ Sachzwänge zu bestehen, die Gesellschaft umzubauen.

Diese Verschiebungen sind aber überhaupt nichts Neues. Vor 100 Jahren kamen auf einen über 65-Jährigen noch zwölf Erwerbsfähige. 1950 betrug das Verhältnis von Jung zu Alt noch sieben zu eins. Wir haben also bereits einen dramatischen demografischen Wandel hinter uns. Nur gemerkt hat es anscheinend niemand. In Anbetracht von gut laufender Wirtschaft in der Nachkriegszeit, niedrigen Arbeitslosenzahlen und bis in die 1970er Jahre erfolgtem Ausbau der Sozialsysteme gab es auch keinen Anlass, um sich mit Demografie zu beschäftigen.

Demografische Veränderungen sind nicht neu. In der Vergangenheit wurden sie unmerklich bewältigt durch den Produktivitätsfortschritt und eine zunehmende Erwerbstätigkeit!



Erwerbstätigkeit: Die nicht mehr arbeitende ältere Generation, Kranke und Pflegebedürftige können umso leichter versorgt werden, je mehr von den Erwerbsfähigen auch tatsächlich arbeiten. Wenn über sieben Millionen Menschen erwerbslos sind, können sie keinen Beitrag zur Versorgung der Älteren leisten. Wenn viele, gerade viele Frauen, aufgrund schlechter sozialer Versorgung – zum Beispiel für Kinder und Pflegebedürftige – nicht erwerbstätig sind, können sie ihre Fähigkeiten und Qualifikationen im Berufsleben nicht einbringen.

Es drängt sich der Verdacht auf: Politiker, die von Überalterung und Demografie reden, haben einen Abbau der Massenarbeitslosigkeit bereits abgeschrieben. Auch hinreichende Anstrengungen, um mehr Frauen eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, stehen nicht auf der „Agenda“.

Produktivitätsfortschritt: Der Produktivitätsfortschritt ermöglicht es den Beschäftigten, in der gleichen Arbeitszeit mehr zu produzieren. Einkommen wird erhöht und Arbeitszeit kann verkürzt werden. Und vor allem: Immer mehr nichterwerbstätige Menschen können immer besser versorgt werden. Entscheidend sind aber nicht nur die Steigerungen der Produktivität. Entscheidend ist auch, dass der wachsende Wohlstand den Menschen und der Gesellschaft zu Gute kommt.

Es drängt sich der Verdacht auf: Politiker, die von Überalterung und Demografie reden, haben sich längst auf eine beständige Umverteilung von unten nach oben eingestellt.

Die Alterung der Gesellschaft kann bewältigt werden durch den Abbau der Arbeitslosigkeit und eine höhere Erwerbsbeteiligung, vor allem von Frauen und älteren Erwerbsfähigen. Werden außerdem die Erwerbstätigen und Rentner mindestens in gleicher Höhe wie die Kapitaleseite an den Erträgen des Produktivitätsfortschritts beteiligt, ist für alle im gleichen Maße eine Steigerung des Lebensstandards möglich.

Können die gesellschaftlichen und politischen Kräfte sich durchsetzen, die von einer Umverteilung von unten nach oben profitieren, so wird Demografie zum Problem. Sie ist aber nicht die Ursache, sondern lediglich der Vorwand für breite soziale Verschlechterungen. Politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen werden darüber entscheiden, ob für alle ein besseres Leben möglich wird. Und nicht die längere Lebenserwartung und die Anzahl der Kinder, die sich Paare leisten können oder wollen.

Generationenkonflikt Jung gegen Alt?

4

„Noch partizipieren die Alten an der Fun-Gesellschaft. Heerscharen von Rentnern lassen sich, finanziert vom deutschen Umlagesystem, von Luxuslinern durch die Weltmeere schaukeln und von Jet-Clippern zu den entlegensten Stränden dieser Erde transportieren. (...) Kaum irgendwo sonst wird den Aktiven so viel von ihrem Arbeitseinkommen weggenommen, wie es in Deutschland geschieht, um den Alten ein auskömmliches Transfereinkommen zu sichern.“

Hans-Werner Sinn: Das demografische Defizit, in: ifo Schnelldienst 5/2003

So eingängig das Bild von den Reichen Alten und dem ärmer werdenden jungen Bevölkerungsteil auch ist, so falsch ist es. Diese Darstellung schürt nicht nur den Verteilungskonflikt zwischen Jung und Alt, sondern sie widerspricht auch der gesellschaftlichen Realität.

„Ich würd' ja gerne noch arbeiten ...“

Immer mehr ältere Menschen werden aus der Beschäftigung gedrängt. Ein Viertel der Arbeitslosen in Deutschland sind über 50 Jahre alt. Viele erhalten nur eine relativ bescheidene Rente. Durch die vergangenen und zukünftigen „Reformen“ der sozialen Sicherung und die stagnierende Lohnentwicklung können viele Haushalte ihren Lebensstandard im Alter schon heute nicht mehr sichern.

Altersarmut

Sinn, Rürup und ihre gut bezahlten Expertenkollegen, die ständig die „demografische Krise“ beschwören, müssen ihren Lebensabend nicht mit einer durchschnittlichen monatlichen Rente zwischen 800 und 1000 Euro (Männer) oder 400 bis 700 Euro (Frauen) bestreiten. Sie müssen auch nicht sinkende Löhne, weniger Sozialleistungen und empfindliche Rentenkürzungen durch den Vorruhestand in Kauf nehmen.

Schon heute hat über ein Viertel der allein Lebenden im Alter über 65 ein Einkommen unter der Armutsgrenze. Die Sozialrente ist praktisch ihre einzige Einkommensquelle. Schon die bereits in den letzten Jahren beschlossenen Kürzungen des Rentenniveaus werden den Anteil der armen Alten in Zukunft steigen lassen. Gerade Beschäftigte mit niedrigeren Einkommen, die es am nötigsten hätten, können sich zusätzliche private Vorsorge nicht leisten. Für viele von ihnen ist Altersarmut vorprogrammiert.

Dass es neben den in Altersarmut Lebenden viele gibt, denen es im Alter relativ gut geht und die ihre Freizeit genießen, ist kein Problem, sondern ein Erfolg! Genauso, wie in den letzten 50 Jahren über weite Strecken die Einkommen der Beschäftigten sich verbessert haben, galt dies auch für die Rentner und Rentnerinnen. Steigerungen der Produktivität haben dies möglich gemacht.

„Gut dass es Oma und Opa gibt“

Neben den über die sozialen Sicherungssysteme transferierten Einkommen und Leistungen gibt es eine Umverteilung innerhalb der Familien. Damit sind Geldflüsse sowie Leistungen gemeint. Zum Beispiel in der Kinderbetreuung und/oder der Pflege. In der Regel fließt beides gerade von den älteren zu den jüngeren Familienmitgliedern.

Im Jahr 1996 haben ein Drittel der 60- bis 85-Jährigen familiäre Geldleistungen erbracht, die zu 84 Prozent an die Kinder flossen. Selbst von der Gruppe der 70- bis 85-Jährigen erbrachte noch jeder Vierte unterschiedliche Leistungen für seine Kinder und jeder Siebte für die Enkelkinder.

Erbengeneration

Schon zu Lebzeiten oder im Todesfall gibt es eine massive Übertragung von Vermögenswerten auf die Kinder. Der Ausbau der verschiedenen sozialen Sicherungssysteme hat die Lebensrisiken soweit vermindert, dass überhaupt in breiteren Bevölkerungskreisen Vermögenswerte vorhanden sind, die an die jungen Generationen vererbt werden können. Andernfalls würde das Vermögen zur Existenzsicherung,

Gesundheitserhaltung oder zur Pflege und Betreuung aufgebraucht oder deutlich reduziert. Ohne den Sozialstaat und seine Sicherungssysteme würde es die viel beschriebene Erbgeneration in ihrer heutigen Form nicht geben.

Das Realeinkommen der jüngeren Generation ist in der Regel immer höher als in der Vergangenheit. Diese Entwicklung wird neben dem Produktivitätsfortschritt erst durch den in der Vergangenheit gebildeten Kapitalstock ermöglicht. Im Grunde erbt jede Generation den Realkapitalbestand der vorangegangenen Generationen, aus dem sich ein höheres Einkommen, mehr soziale Sicherheit und allgemeiner Wohlstand speisen. Der Realkapitalbestand beinhaltet neben der industriellen auch die soziale und immaterielle Infrastruktur einer Gesellschaft. Finanziert und gebildet wurde dieser Realkapitalbestand durch die Arbeit vorangegangener Generationen.



Demografische Veränderungen

6

In Deutschland wächst – wie in allen anderen Industrieländern – der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung. Dies hat zwei Ursachen: Die höhere Lebenserwartung und die niedrige Geburtenrate.

Ab 2040 ist ein Ausgleich zwischen den Altersgruppen zu erwarten, und vieles spricht sogar für eine Reduzierung des Durchschnittsalters der dann kleineren Bevölkerung. Die Altersstruktur wird einer Säule entsprechen und damit die relative Ausgewogenheit der Altersgruppen darstellen. Daher verwundert es, dass demografische Prognosen meist nur bis zum Jahr 2040 aufgestellt werden, die daran anschließende Entwicklung aber nur selten beachtet wird.

Erfolge

Die höhere Lebenserwartung und damit die „Alterung einer Gesellschaft“ ist ein Erfolg! Aufgrund besserer Lebensbedingungen und wegen des medizinischen Fortschritts leben die Menschen länger. Außerdem ist die Kindersterblichkeit deutlich gesunken.

Aufgrund des sozialen Fortschritts – Renten-, Kranken-, Arbeitslosenversicherung usw. – sind Kinder schon lange keine notwendige Bedingung mehr für die Absicherung im Falle der Erwerbsunfähigkeit und im Alter. Bereits dies hat mit dazu geführt, dass seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts die Geburtenrate deutlich zurück gegangen ist.

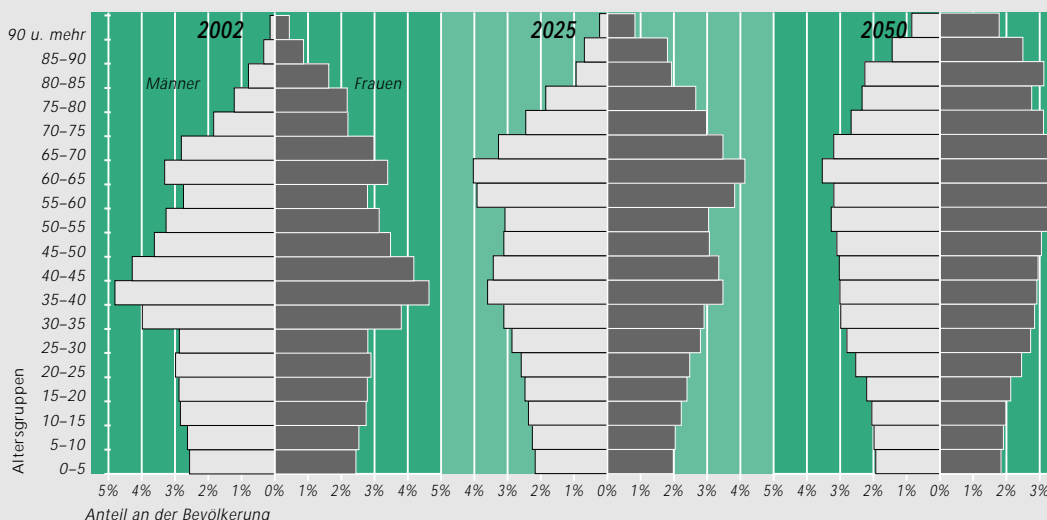
Familienpolitisches Entwicklungsland

Seit den 1960er Jahren haben sich die Möglichkeiten für eine bewusste Familienplanung deutlich verbessert. Die wirkliche Entscheidungsfreiheit ist allerdings sehr durch die rückständigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eingengt.

So ist Deutschland bei der Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern fast ein Entwicklungsland. Kindererziehung ist im wesentlichen Privatsache. Daran ändern auch verbesserte Kindergeldzahlungen nichts; sie gleichen eher dem Tropfen auf den heißen Stein. Paare, die sich heute für Kinder entscheiden, wissen, dass dies mit erheblichen finanziellen Lasten verbunden ist. Außerdem ist die Möglichkeit zur Berufstätigkeit über einen längeren Zeitraum beeinträchtigt. Meistens trifft es die Frauen. Kommt es zur Trennung eines Paares, ist für den dann allein erziehenden Teil – meistens trifft es wieder die Frauen – häufig der Weg in die Armut vorgezeichnet.

Solange diese Rahmenbedingungen bestehen, ist die Freiheit der Familienplanung eine Scheinfreiheit. So ist es kein Wunder, dass viele Paare ihren Kinderwunsch nicht verwirklichen bzw. sich den damit zusammenhängenden Risiken und Belastungen nicht stellen. Auch ist es kein Wunder, dass Akademikerinnen zu mehr als vierzig Prozent kinderlos bleiben.

Bevölkerungswandel in Deutschland



Geburtenentwicklung in Deutschland

Der demografische Wandel vollzog sich über die Zeit hinweg nicht gleichmäßig. Deutliche Einschnitte haben die beiden Weltkriege nach 1914 und zu Beginn der 1940er Jahre verursacht. Eine sichtbare Zunahme der Geburten dagegen gab es in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre und nach 1955.

Die Zunahme in diesen Phasen ist jedoch nur zum Teil darauf zurück zu führen, dass die Frauen mehr Kinder geboren haben. In den 1930er Jahren hatten Vergünstigungen für junge Eltern den Effekt, dass sie ihre ohnehin geplanten Geburten vorzogen und damit die Gesamtzahl der Geburten kurzfristig anstieg.

Dieser Anstieg hat wiederum ein Echo in den 1950er und 1960er Jahren verursacht. Hinzu kam der Wohlstand der damaligen „Wirtschaftswunderzeit“. Die Paare bekamen ihre Kinder wiederum ungefähr zwei Jahre früher als zuvor, und die durchschnittliche Anzahl der Geburten je Frau stieg zeitweise von 2,1 auf 2,4.

Der starke Rückgang der Anzahl der Geborenen ab Ende der 1960er Jahre ist somit das Ergebnis mehrerer Faktoren:

- Der Anteil der jungen Menschen, die nun im Alter der Familien-gründung waren, ging zurück.
- Der Zeitpunkt, an dem die Paare ihre Kinder bekamen, verschob sich wieder nach hinten.
- Die durchschnittliche Anzahl der Geburten je Frau sank auf zwei Kinder im Jahr 1970 und anschließend weiter auf 1,4 Kinder.

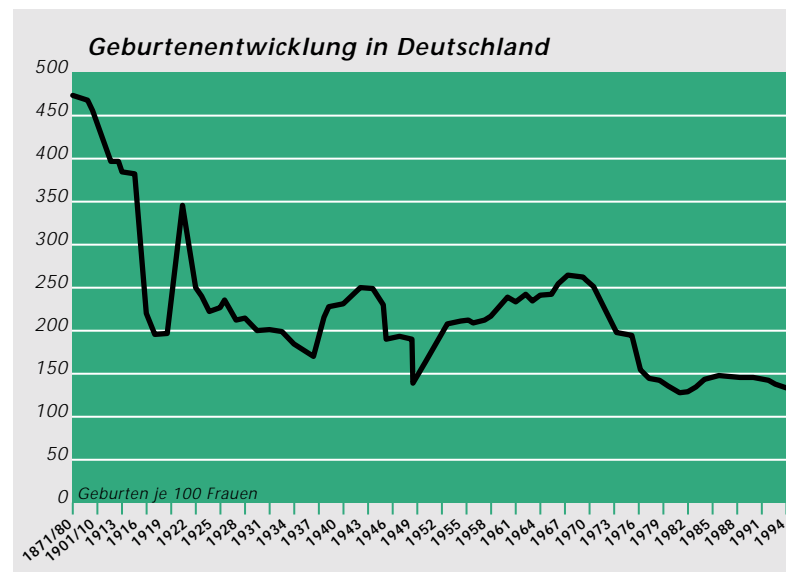
Die niedrige Geburtenrate von durchschnittlich 1,4 Kindern je Frau wird in anderen Ländern, wie zum Beispiel Frankreich, mit 1,9 Kindern deutlich übertroffen. Hierfür mag es vielerlei Gründe geben. Fest steht jedoch, dass in Frankreich die öffentlichen Einrichtungen für die Kinderbetreuung und die Bildung deutlich besser ausgebaut sind als in Deutschland.

Eine der dringendsten gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben sind die Verbesserungen für Familien und Kinder. Kindererziehung muss als gesellschaftliche Aufgabe und Verantwortung anerkannt werden.

Eine bessere Politik für Familien und Kinder ist die notwendige Rahmenbedingung, um die Möglichkeit

für Frauen zur Berufstätigkeit zu verbessern. Außerdem können nur so die Möglichkeiten der Familienplanung zu einer wirklichen Freiheit für Paare werden. Nur so können sie wirklich frei und selbstbewusst darüber entscheiden, ob sie ein Leben mit Kindern wollen.

Mit verbesserten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familie und Kinder dürfte auch die Zahl der Kinder je Frau sich erhöhen. Auf die demografischen Verschiebungen insbesondere zwischen Aktiven und nicht mehr arbeitenden Menschen hätte dies in den nächsten 20 bis 30 Jahren jedoch kaum Auswirkungen. Mehr Kinder in Zukunft entscheiden vor allem darüber, wie groß nach 2040 der Anteil der Erwerbsfähigen an der Bevölkerung ist.



Demografischer Wandel: Nichts Neues

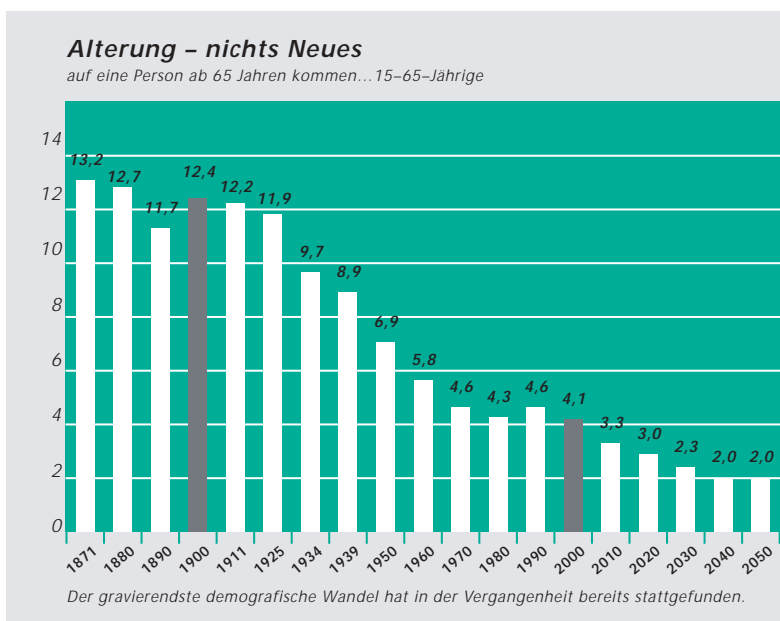
Eine Verschiebung in der Bevölkerungsstruktur ist alles andere als neu. Sie ist bereits seit über 100 Jahren zu beobachten. Von vier bis fünf Kindern pro Frau im 19. Jahrhundert sank die Geburtenrate über zwei bis drei Kinder und pendelte sich auf heute ein bis zwei Kinder ein. Ohne diesen Wandel wäre die Bevölkerung zwar deutlich jünger und der Anteil älterer Menschen niedriger. Dafür hätten wir aber ein anderes Problem: Die Anzahl der Menschen in Deutschland wäre heute mehr als doppelt so hoch.

Vor über hundert Jahren kamen auf eine Person über 65 Jahren rund zwölf Erwerbsfähige. 2000 sind es gerade noch vier. Aus Sicht der „Demografie-Experten“ ein dramati-

scher Rückgang. Er war einschneidender als der, der für die nächsten 50 Jahre prognostiziert wird. Der Lebensstandard ist jedoch in den letzten 100 Jahren deutlich gestiegen. Ein erheblicher Teil dieser demografischen Verschiebung fand in den 1950er und 1960er Jahren statt. Gleichzeitig wurden in der Nachkriegszeit bis Anfang der siebziger Jahre die deutlichsten Fortschritte beim Ausbau des Sozialstaates gemacht.

Und alles trotz deutlicher demografischer Verschiebungen, trotz erheblicher Zunahme der „Versorgungslasten“ für die ältere Generation. Damals war dies kein Problem. Eine deutliche Steigerung der Erwerbstätigkeit machte es möglich. Und vor allem haben die Beschäftigten, die Rentner und Rentnerinnen an der beständigen Steigerung der Produktivität teilgehabt.

In der Vergangenheit hat unsere Gesellschaft einen stärkeren Anstieg der über 65-Jährigen bewältigt, als dies in den nächsten 50 Jahren zu erwarten ist. In dieser Zeit ist der Sozialstaat in Deutschland aber nicht ab-, sondern auf- und ausgebaut worden.



Zuwanderung

Die Prognosen zur längerfristigen Bevölkerungsentwicklung gehen von einer Zuwanderung von jährlich 100.000 bis 300.000 Menschen aus. Sie schreiben damit die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte in etwa fort. Die mittlere Variante der Prognose – die wir auch bei unseren Berechnungen genutzt haben – nimmt eine Zuwanderung von 200.000 Menschen an.

In den letzten 40 Jahren sind im Durchschnitt jährlich rund 160.000 ausländische Menschen nach Deutschland gekommen. Diese Zahl ist der Wanderungssaldo, also die Differenz aus Zu- und Fortzügen. Zusätzlich sind in den 1990er Jahren Spätaussiedlerinnen und -siedler nach Deutschland gezogen. Von rund 300.000 sank die Zahl ihrer jährlichen Zuzüge auf knapp 100.000 im Jahr 2001.

Die Wanderungsbewegungen unterlagen starken Schwankungen: Die 1960er und 1970er Jahre waren von der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte und dem Nachzug ihrer Familienangehörigen geprägt.

In den 1980er und 1990er Jahren fanden vor allem Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland eine Heimat – oft nur vorübergehend. Daher überwog in diesen Jahren auch die Zahl der Abwanderungen die der Zuwanderungen. Das war zum Beispiel 1997 und 1998 der Fall, als eine größere Anzahl von Bürgerkriegsflüchtlingen in ihre Heimat zurückkehren konnte.

Heute leben gut sieben Millionen Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von knapp neun Prozent. Nach den Prognosen zum zukünftigen Wanderungssaldo würde die Anzahl der Zugewanderten in den nächsten 50 Jahren um fünf bis fünfzehn Millionen Menschen zunehmen.

Auch Zuwanderinnen und Zuwanderer werden älter. Die Zuwanderung wird die demografische Verschiebung daher nur abmildern.

Mit einer jährlichen Zuwanderung von 300.000 Menschen könnte die Gesamtzahl der Bevölkerung in Deutschland bei rund 80 Millionen nahezu konstant gehalten werden. Weil die Zuwandernden auch selbst altern und aufgrund des demografischen Wandels in Deutschland würde die Gesellschaft insgesamt jedoch ebenfalls altern. Nur durch eine jährliche Zuwanderung von 3,4 Millionen Menschen könnte das Zahlenverhältnis von Erwerbsfähigen und Menschen über 65 Jahren auf dem heutigen Niveau konstant gehalten werden. Dann aber würden in Deutschland im Jahr 2050 fast 300 Millionen Menschen leben.

Es ist unrealistisch, künftig von Zuwanderung in einer solchen Größenordnung auszugehen. Zudem müssten die Zuwanderinnen und Zuwanderer aus flexiblen und qualifizierten Arbeitskräften bestehen, wenn sie den Rückgang des Erwerbspersonenpotentials in Deutschland ausgleichen sollten. Damit würden jedoch gerade die jungen und dynamischen Menschen den Ländern genommen, aus denen die Arbeitskräfte entstammen. Zudem würde diesen Ländern ein großer Teil der Kosten für die Ausbildung und Qualifikation der späteren Auswanderer aufgebürdet.

Mehr Beschäftigung entschärft Demografie

Knapp vier Personen im Erwerbsalter zwischen 15 und 65 Jahren kommen auf eine über 65-Jährige. Dies heißt aber nicht, dass diese vier für einen älteren Menschen zu sorgen haben. Von denen, die aktiv sein könnten, sind lediglich 69 Prozent erwerbstätig. Von den knapp 56 Millionen 15- bis 65-Jährigen gehen derzeit gerade einmal 39 Millionen einer Erwerbstätigkeit nach.

Dies liegt vor allem an der hohen Arbeitslosigkeit und an der niedrigen Erwerbsbeteiligung der Frauen. Letztere ist vor allem auf schlechte Lebens- und Arbeitsumstände zurückzuführen. Die ungenügenden sozialen Dienstleistungen für die Erziehung und Betreuung der Kinder sind ein Hauptfaktor. Für ältere

Beschäftigte sind die Erwerbschancen ebenfalls schlecht. Vielfach hat man bereits mit Anfang 50 kaum noch eine Chance, einen Arbeitsplatz zu bekommen.

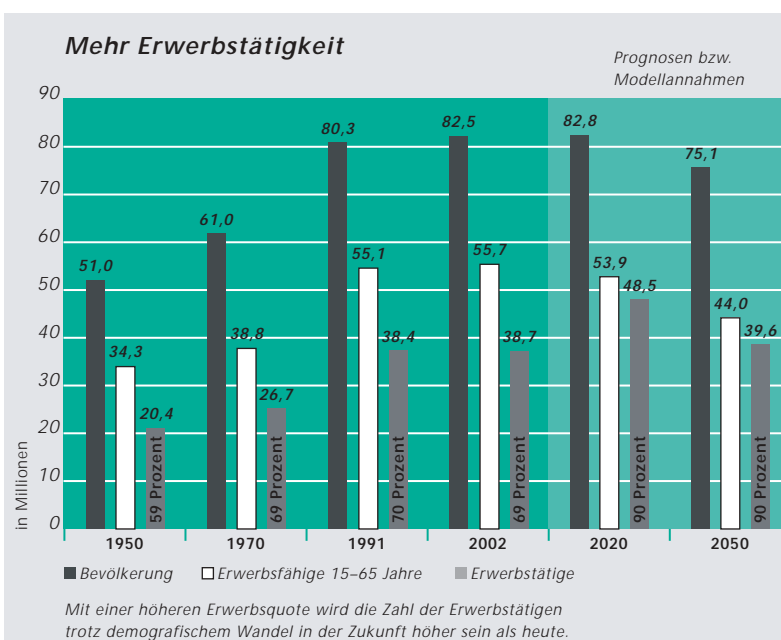
Das tatsächliche Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und über 65-Jährigen beträgt also heute nicht 3,9 zu 1, sondern nur 2,7 zu 1.

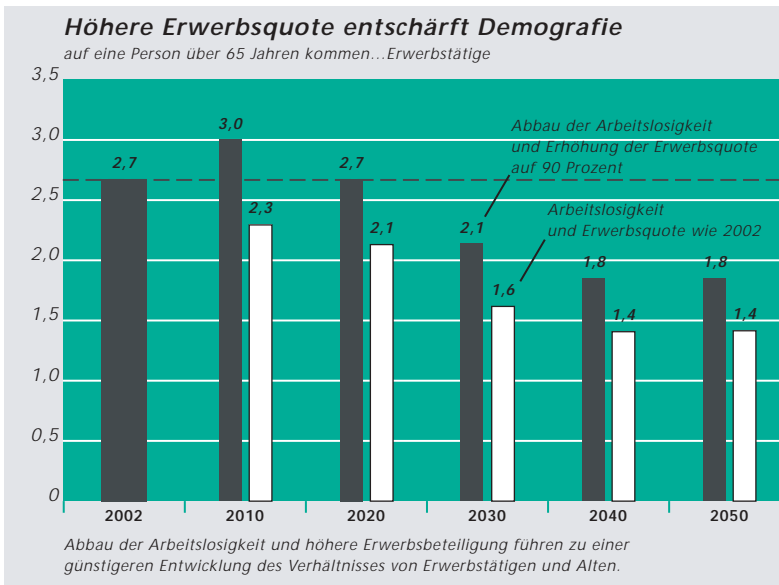
Die hohe Arbeitslosigkeit und die in Deutschland niedrige Erwerbsbeteiligung der Frauen sind die Ursache dafür, dass bereits heute auf eine Person über 65 Jahre nur 2,7 tatsächlich Erwerbstätige kommen.

Es ist klar: Nicht alle im erwerbsfähigen Alter können auch wirklich arbeiten. Ein Teil befindet sich noch in der Ausbildung, ein anderer ist aus gesundheitlichen Gründen erwerbsunfähig. Für einen begrenzten Zeitraum ist auch für die Betreuung kleiner Kinder eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit notwendig. Warum eigentlich vorrangig nur für Frauen?

Selbst unter Berücksichtigung dieser Gründe für eine Erwerbslosigkeit könnten aber 90 Prozent der Erwerbsfähigen auch tatsächlich arbeiten. In der Schweiz liegt bereits heute die Erwerbsquote der Männer bei 90 Prozent.

Es kann langfristig erreicht werden, dass nicht mehr nur 69 Prozent, sondern 90 Prozent der 15- bis 65-Jährigen arbeiten. Die „tickende Zeitbombe“ Bevölkerungsentwicklung wird so bereits deutlich entschärft.





Warum sind Frauenerwerbsquote und Geburtenrate so niedrig?

Mädchen haben an den Schulen inzwischen mit den Jungs gleichgezogen. Ein Gymnasium besuchen seit einiger Zeit sogar etwas mehr Mädchen als Jungen. Auch an Universitäten sind fast die Hälfte der Studienanfänger weiblich.

Im Berufsleben hat diese Entwicklung bisher nur wenig Niederschlag gefunden. Zwar ist die Erwerbsquote von Frauen angestiegen. Doch ist der Anstieg vor allem auf Teilzeit zurückzuführen: 40 Prozent der erwerbstätigen Frauen aber nur fünf Prozent der erwerbstätigen Männer arbeiten Teilzeit. In den oberen Etagen der Unternehmen sind Frauen nach wie vor mit der Lupe zu suchen.

Familienfreundliche Bedingungen sind in Unternehmen in Deutschland nach wie vor die große Ausnahme. Die Arbeitszeiten sind oft nur schwer mit Öffnungszeiten von Kindergärten, Kinderarztpraxen oder der Übungsstunde in der Musikschule oder im Sportverein der Kinder und Jugendlichen zu vereinbaren.

■ Mit Beseitigung der Beschäftigungskrise kann die Zahl der Erwerbstätigen deutlich erhöht werden. Ein Zuwachs von 7,5 Millionen ergibt sich, wenn man zu den Erwerbstätigen alle registrierten und verdeckten Arbeitslosen und alle Personen hinzurechnet, die sich in der sogenannten Stillen Reserve befinden.

■ Zusätzlich kann mit Schaffung der sozialen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen die Frauenerwerbsquote an die der Männern angeglichen werden. Ebenso kann die Beschäftigungsquote von älteren Kolleginnen und Kollegen steigen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird so noch einmal erhöht. Knapp 40 Millionen Beschäftigte sind 2050 bei veränderten Rahmenbedingungen möglich.

Verdeckte Arbeitslosigkeit und stille Reserve

Die verdeckte Arbeitslosigkeit errechnet sich aus dem Umfang der Kurzarbeit, der Zahl der Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und anderen Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, der Vollzeitteilnehmer und -teilnehmerinnen an beruflicher Weiterbildung und der Personen im vorzeitigen Ruhestand. 2002 betrug sie 1,7 Millionen Personen.

Zur Stillen Reserve zählen diejenigen Personen, die bei ungünstiger Arbeitsmarktlage die Arbeitssuche entmutigt aufgeben, aber bei besserer Lage wieder Arbeitsplätze nachfragen würden (1,7 Millionen Personen).

- Viele junge Menschen entscheiden sich deshalb gegen Kinder oder schieben die Familiengründung hinaus. Ein Kind passt einfach nicht, wenn Paare beruflich erst einmal Fuß fassen wollen. Das kann dauern – und oft ist es dann zu spät für Kinder.
- Entscheiden sie sich dennoch für Kinder, leidet meistens die berufliche Perspektive der Mutter. Denn nach wie vor sind es nur drei Prozent der Väter, die Elternzeit in Anspruch nehmen und zeitweise ganz oder zum Teil aus dem Beruf aussteigen.

Den Herausforderungen durch die demografische Entwicklung wird dies in doppelter Weise nicht gerecht: Familien haben weniger Kinder als sie sich eigentlich wünschen. Die Erwerbsbeteiligung der Frauen ist niedriger als sie sein könnte.

Zudem können Frauen ihre Qualifikation nicht in gleicher Weise nutzen und entwickeln wie Männer. Sie werden in den Betrieben weniger gefördert, weil der Arbeitgeber fürchtet, eine Weiterbildung könnte sich nicht bezahlt machen, wenn Frauen wegen Familienarbeit zurückstecken. Ihre beruflichen Perspektiven sind dadurch schlechter als die der Kollegen – natürlich erst recht, wenn sie tatsächlich die dreijährige Elternzeit in Anspruch nehmen.

Für weniger als vier Prozent der Kinder unter drei Jahren gibt es in Westdeutschland einen Krippenplatz, in Ostdeutschland mit gut 14 Prozent fast vier mal so viele. In den Kindergärten gehen im Westen knapp 80, im Osten gut 85 Prozent. Allerdings haben dabei im Westen die Kindergärten überwiegend nur vormittags, im Osten überwiegend ganztags geöffnet.

Dies ist der Grund, warum Mütter in Ostdeutschland häufiger erwerbstätig sind als in Westdeutschland. 73 Prozent der ostdeutschen verheirateten Mütter, deren Kinder noch im Haushalt leben, sind erwerbstätig, gegenüber 58 Prozent der westdeutschen.



Produktivität schlägt Demografie

Auch mit einem deutlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit werden ab 2040 nur noch knapp zwei Aktive auf einen nicht mehr Erwerbstätigen kommen. Wenn 2002 noch knapp drei für die Versorgung eines Älteren zu sorgen hatten, wie sollen das dann in 40 Jahren zwei schaffen?

Aufgrund des Produktivitätsfortschritts kommt es zu keiner erhöhten Belastung der Gesellschaft durch den Alterungsprozess. Die Steigerung der Produktivität ermöglicht, dass in der Zukunft in der gleichen Zeit ein höheres Produktionsergebnis erzielt wird. Die Produktivität gibt somit Auskunft über die Effizienz der Produktion einer Volkswirtschaft.

Produktivität: Voraussetzung für ein besseres Leben

Durch Steigerung der Produktivität konnte die demografische Entwicklung bereits in der Vergangenheit bewältigt werden. Sie sichert auch in Zukunft, dass steigende Einkommen und steigende Renten durch ein wachsendes Sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung erwirtschaftet werden können.

Die Landwirtschaft war bis ins 19. Jahrhundert der vorherrschende Wirtschaftszweig. In ihm arbeiteten bis zu 90 Prozent der Menschen. Anfang des 21. Jahrhunderts sind in Deutschland hier nur noch zwei Prozent der Beschäftigten tätig.

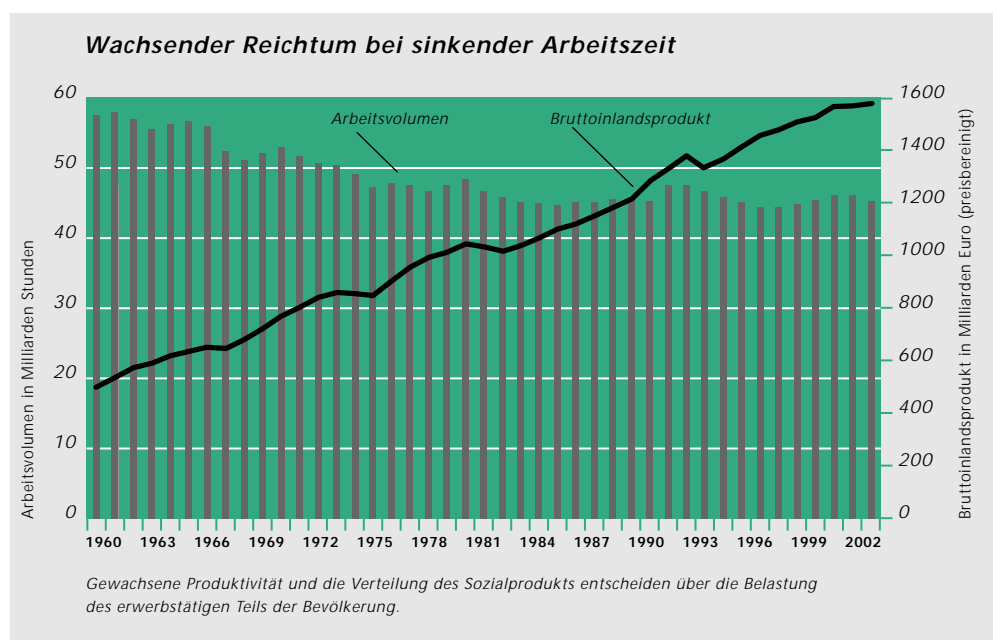
Im 19. Jahrhundert konnte ein Beschäftigter bzw. eine Beschäftigte in der Landwirtschaft kaum mehr als

sich selbst mit lebensnotwendigen Gütern versorgen. Bereits im Jahr 1950 war in Deutschland eine Arbeitskraft in der Landwirtschaft in der Lage 14 andere Menschen mit zu versorgen. Bis zum Anfang des 21. Jahrhunderts wuchs das Verhältnis auf 1 zu 88. Damit stieg das Pro-Kopf-Verhältnis allein zwischen 1950 und 2002 um mehr als 500 Prozent!

Ähnliche Entwicklungen kennzeichnen auch die übrigen Bereiche der Wirtschaft. So erklärt sich, warum ein steigendes Sozialprodukt mit immer weniger Beschäftigten und weniger Arbeitsstunden erstellt werden kann. Gegenüber 1960 wird in den alten Bundesländern heute mit nur noch gut 80 Prozent der gesamten Arbeitsstunden ein mehr als dreifach so hohes Bruttoinlandsprodukt geschaffen.

Produktivität und Beschäftigung

Die Steigerung der Produktivität hat einen zwiespältigen Charakter. Sie ermöglicht höhere Einkommen für die Beschäftigten, ist aber auch mit dem „Wegrationalisieren“ vieler Arbeitsplätze verbunden. Trotzdem kann die Beschäftigung steigen, wenn das Wachstum hoch genug ist, damit genügend neue Arbeitsplätze entstehen. Deshalb muss durch eine veränderte, nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik für ein hinreichendes Wachstum gesorgt werden.



¹ Die Kommission unter dem Vorsitz von Professor Rürup hat im Auftrag der Bundesregierung ein Gutachten zur Reform der sozialen Sicherungssysteme erstellt, in dem sie erhebliche Kürzungen der Renten vorschlägt.

Die Produktivität und die Verteilung des Sozialprodukts entscheiden über die Belastungen des erwerbstätigen Teils der Bevölkerung.

Bei einer sozial gerechten Verteilung des Produktivitätsfortschritts kann auch in Zukunft der Sozialstaat gesichert werden. Die Finanzierung bzw. Versorgung einer wachsenden Zahl von Renterinnen und Rentnern, Pflegebedürftigen und Kranken ist möglich, ohne dass die Beschäftigten auf Lohnzuwächse verzichten müssen.

Bis 2050: Plus 135 Prozent Produktivität

Für die nächsten Jahrzehnte wird eine Steigerung der Produktivität von durchschnittlich 1,8 Prozent je Jahr erwartet. Dies ist das Ergebnis

einer Prognos-Studie, das auch zur Grundlage der Berechnungen in der Rürup-Kommission¹ gemacht wurde. Damit erhöht sich die Produktivität bis 2050 um beachtliche 135 Prozent! Dies bedeutet, dass jede bzw. jeder Beschäftigte deutlich mehr als das Doppelte gegenüber heute schafft; genau das 2,35fache!

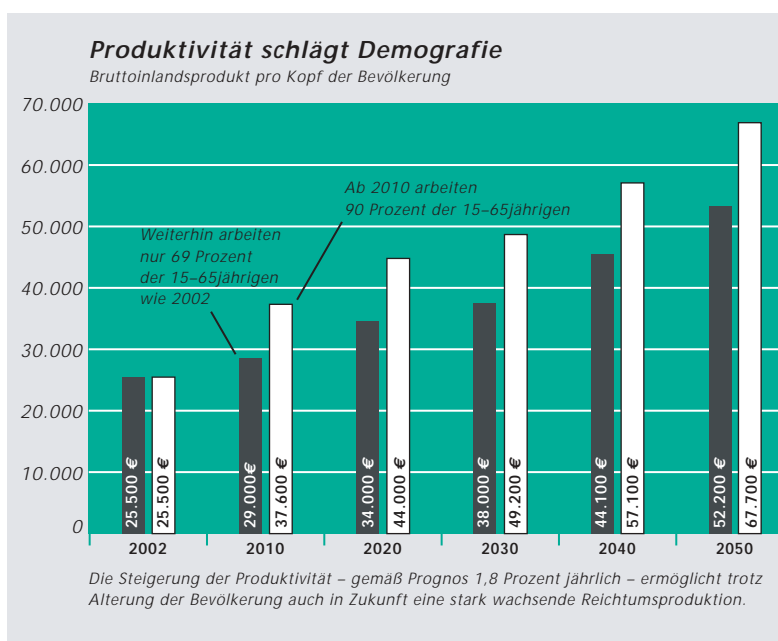
Bei der Debatte um die Demografie geht es um die zusätzliche Belastung durch die veränderte Alterstruktur. Um dies zu berücksichtigen, muss man die Steigerung der Produktion auf die gesamte Bevölkerung beziehen. Denn entscheidend ist ja, ob die wachsende Produktion

- bedingt durch die höhere Produktivität der Beschäftigten - die Belastungen aus der Veränderung der Bevölkerungsstruktur ausgleichen oder sogar mehr als ausgleichen kann.

Zur Zeit wird je Einwohner bzw. Einwohnerin jährlich ein Reichtum von 25.500 Euro neu geschaffen. Bei einer gleichbleibenden Erwerbsquote von zur Zeit 69 Prozent wird bis 2050 ein Wert von gut 52.000 Euro erwirtschaftet. Das ist eine Steigerung von mehr als 100 Prozent.

Auch in Anbetracht der demografischen Veränderungen verdoppelt sich der für jede bzw. jeden zur Verfügung stehende Reichtum.

Unter Berücksichtigung einer bis 2050 erreichten 90-prozentigen Erwerbsbeteiligung wird sogar ein Wert von knapp 68.000 Euro erreicht. Dies ist eine Steigerung je Einwohner bzw. Einwohnerin um 165 Prozent; also ein Erhöhung des Reichtums auf das 2,65fache.



Jede Bürgerin und jeder Bürger kann trotz der Alterung unserer Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten durchgehend Einkommenssteigerungen erhalten. Die Spielräume zur Finanzierung des Sozialstaats werden in Wirklichkeit nicht kleiner, sondern immer größer!

Das Problem heute und morgen ist nicht die Entwicklung der Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter, sondern die Entwicklung der Erwerbstätigkeit und die Verteilung des erwirtschafteten wachsenden Sozialprodukts.



An Bildung sparen heißt an der Zukunft sparen

Die Pisa-Studie ist hierzulande noch längst nicht verdaut. Und schon schrecken neue Schlagzeilen auf: „Die Bildungsmisere hemmt das Wachstum in Deutschland“. Dies ist das Ergebnis einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Im Durchschnitt der OECD-Länder absolvieren 30 Prozent der jungen Menschen erfolgreich ein Hochschulstudium. In Deutschland sind es nur 19 Prozent. Auch die Zahl

der Abiturienten ist deutlich niedriger: 42 Prozent der Schülerinnen und Schüler erlangen einen Schulabschluss, der sie zum Studium berechtigt. Im OECD-Durchschnitt sind es 57 Prozent.

Eine umfassende und qualitativ hochwertige Ausbildung verbessert die Arbeitsproduktivität, argumentiert die OECD-Studie. Die schlechte Bildungssituation habe den Produktivitätsanstieg in Deutschland gedämpft und sei mitverantwortlich für die niedrigen Wachstumsraten. Dieser Zusammenhang muss allerdings in Zweifel gezogen

werden: Noch herrscht kein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften. Allenfalls in einigen Berufen gibt es zeitweilige Engpässe. Dafür ist auch die geringe Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen verantwortlich.

Doch für die Zukunft ist klar: Eine kleinere Anzahl von Erwerbstätigen kann Produktivität und Wachstum nur steigern, wenn sie gut ausgebildet ist. Hier dürfen Unternehmen, Bund, Länder und Kommunen nicht sparen.

Soziale Konflikte

Bei einer deutlichen Steigerung der Erwerbstätigkeit und einer beständigen Erhöhung der Produktivität können die demografischen Verschiebungen aufgefangen und der Wohlstand für alle vermehrt werden. Ob diese Perspektive umsetzbar wird und die sich bietenden Möglichkeiten genutzt werden, ist offen!

Darüber wird in den Auseinandersetzungen über die weitere Ausgestaltung des Sozialstaats entschieden. So erfordert die Verwirklichung einer 90-prozentigen Erwerbsquote eine Kehrtwende zu einer beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik und einen erheblichen Ausbau der sozialen Infrastruktur insbesondere für Erziehung und Bildung.

² Siehe hierzu unter anderem: Mehr Einkommen, mehr Kaufkraft. ver.di-Bundesvorstand. 2003

Ob die Zuwächse bei der Reichtumsproduktion unter anderem zum Auffangen der demografischen Veränderungen genutzt werden, hängt entscheidend davon ab, ob sie den Beschäftigten und den nicht mehr Erwerbstätigen auch tatsächlich zu Gute kommen.

Der wirtschaftliche Erfolg der Steigerung der Produktivität schlägt sich immer zunächst in den Unternehmen durch verbesserte Gewinne nieder. Erst durch höhere Einkommen sowie über entsprechend höhere Steuerzahlungen der Unternehmen fließen die Produktivitätsgewinne auch der breiten Bevölkerung zu. Nur wenn es gelingt, den Unternehmen einen hinreichenden Anteil der Gewinnsteigerungen abzutrotzen, geht die Rechnung für steigenden Wohlstand für alle und zur Lösung der demografischen Entwicklung auf.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen in den letzten 10 bis 20 Jahren ist ungewiss, ob es zu einer positiven Entwicklung für alle kommt. Die Auseinandersetzungen über die Verteilung werden dies entscheiden.

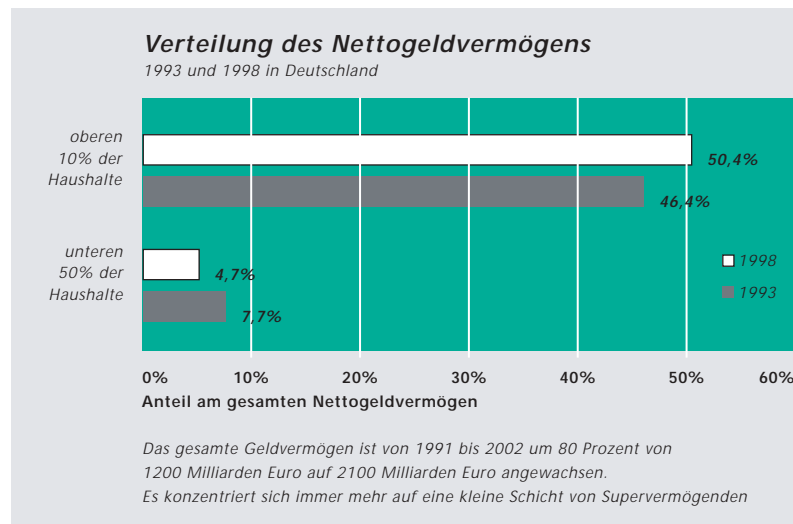
Die Unternehmen haben in den letzten 20 Jahren bei den Tarifabschlüssen so viel Widerstand geleistet, dass die Tarifierhöhungen insgesamt zu niedrig waren. Ohne eine Umverteilung von unten nach oben müssten die Tarifeinkommen heute um 17 Prozent höher liegen. Faktisch haben die Unternehmen einen erheblichen Teil der Produktivitätssteigerung, der eigentlich den Beschäftigten zugestanden hätte, für sich behalten.²

Ein halbes Prozent der Deutschen verfügt über 25 Prozent des Geldvermögens.



■ Die Gewinn- und Vermögensbezieher beteiligen sich immer weniger an der Finanzierung des Staates. Vor 25 Jahren wurde das Gesamtsteueraufkommen von den Beschäftigten und den Gewinn- und Vermögensbezieher gleichmaßen mit jeweils rund 30 Prozent finanziert. Heute leisten die Beschäftigten einen Beitrag von rund 36 Prozent und die Vermögenden gerade einmal von 14 Prozent. Auch über diese Entwicklung verbleiben Produktivitätsgewinne bei den Besitzenden und können nicht über die Staatskasse den Sozialsystemen zufließen.³

Für die Zukunft muss es darum gehen, Lohnsteigerungen mindestens in Höhe des verteilungsneutralen Rahmens durchzusetzen, also in Höhe der Produktivitätssteigerungen plus Preissteigerungen. Außerdem müssen die Unternehmen und Vermögenden wieder stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens verpflichtet werden. Gelingt dies, können die demografischen Verschiebungen aufgefangen werden.



Hinter dem vermeintlich „natürlichen“ Demografie-Problem verbirgt sich die alte Verteilungsfrage. Wer letzteres gerne kaschieren möchte, redet möglichst viel von Demografie, Demografie und nochmals Demografie.

³ Siehe hierzu unter anderem: Staatsfinanzen stärken. ver.di-Bundesvorstand. 2002

Demografie erzwingt keine Rentenkürzung

Die demografischen Veränderungen sind Begründung für weitreichende soziale Verschlechterungen. In der Rentenversicherung wird dies besonders deutlich bei den jüngsten Vorschlägen der Rürup-Kommission.

Renten werden von der Produktivitätsentwicklung abgekoppelt

Nach geltendem Recht steigt die Standardrente bis 2040 nur um ein Prozent pro Jahr. Damit sind die Renten bereits von der von Rürup erwarteten Steigerung des Wohlstands von 1,8 Prozent abgekoppelt.

Nach den Vorschlägen der Rürup-Kommission soll dieser Wert nun noch weiter gesenkt werden.

Die Standardrente soll zukünftig nur noch um jährlich 0,8 Prozent steigen.

Die Kernbotschaft von Rürup ist daher:

Die Umverteilung von unten nach oben soll systematisch fortgesetzt werden. Der jährliche Verteilungsspielraum – ohne die Steigerung der Kapitaleinkommen zu beschneiden – entspricht der Steigerung des allgemeinen Wohlstands von 1,8 Prozent. Wenn die Renten in Zukunft nur noch um 0,8 Prozent und die Löhne um 1,5 Prozent steigen sollen, werden die Unternehmen und Vermögenden weiterhin profitieren.

Wenn die Beschäftigten wie auch die Rentner und Rentnerinnen an der Wohlstandssteigerung unterdurchschnittlich Teil haben, bedeutet dies, dass Gewinn- und Vermögensempfänger überdurchschnittlich zulegen. Nicht die demografische Entwicklung bedroht somit den Sozialstaat, sondern die ungleiche Verteilung der Wohlstandsgewinne.

Es geht um 90 Cent im Monat

Das Bruttorentenniveau soll bis 2040 nur noch 38 Prozent betragen. Nach der Riester-„Reform“ war noch ein Niveau von 41 Prozent in Aussicht gestellt. Mit dieser nochmaligen Verschlechterung drohen die Renten um sechs Prozent abgesenkt zu werden. Außerdem sollen die Beschäftigten bis 67 Jahre arbeiten. So die Rürup-Kommission in ihren von einer Mehrheit getragenen Empfehlungen. Für viele Rentner und Rentnerinnen droht ein Absinken auf das Niveau der Sozialhilfe.

„Die Rürup-Kommission kam zu dem Ergebnis, dass die Sozialversicherungsbeiträge bis auf 25 Prozent ansteigen würden. Die Auswirkungen werden jedoch weit überschätzt. Denn wenn das Wirtschaftswachstum in Deutschland so bleibt, wie es in der Vergangenheit war, würde das Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2030 ungefähr zweimal so hoch sein, wie es heute ist. Die Erhöhung des Beitragssatzes würde nichts anderes bedeuten als den Unterschied, ob ein Mensch im Jahr 2030 nun ein 90 oder 100 Prozent höheres Einkommen hätte. Ist das aber das Thema, das Deutschland zur Zeit intensiv beschäftigen sollte?“

Robert Shiller, Yale-Universität, Handelsblatt 23. September 2003

Begründung: Die Demografie erzwingt diese weiteren Einschnitte. Konkret geht es aber um einen einzigen Punkt:

Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, dass der Beitragssatz zur Rentenversicherung bis 2030 nicht über 22 Prozent steigt. Dahinter steht die Auffassung, dass die „Lohnnebenkosten“ für die Arbeitgeber nicht weiter steigen dürften. Ihre Begrenzung bzw. Senkung wird zum entscheidenden strategischen Hebel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erklärt; fälschlicherweise.⁴

Nach neuen Berechnungen der Rürup-Kommission würde der Rentenbeitrag bis 2030 aber auf 24,2 Prozent steigen. Wie beachtlich! Gerade einmal gut zwei Prozentpunkte würde es kosten, die „demografische Zeitbombe“ in der Rentenversicherung aufzufangen! Das ist doch interessant: Es gibt keine Debatte über die Frage, ob dies hinnehmbar ist, hinnehmbar über einen Zeitraum von 30 Jahren. Übrigens: könnte eine deutlich höhere Erwerbsquote als von Rürup unterstellt erreicht werden, so würde dies die Anhebung der Beiträge überflüssig machen.

Wenn die Beiträge in den nächsten 30 Jahren zusätzlich in Stufen um insgesamt 2,2 Prozentpunkte angehoben werden, so bedeutet dies für jeden Beschäftigten eine zusätzliche Belastung von einem Drittel Promille! Dies wäre eine jährliche Beitragsanhebung von durchschnittlich 90 Cent in jedem Jahr. Bei einer von Rürup erwarteten durchschnittlichen Reallohnsteigerung je Jahr von 1,5 Prozent dürfte das eigentlich kein Problem sein!?

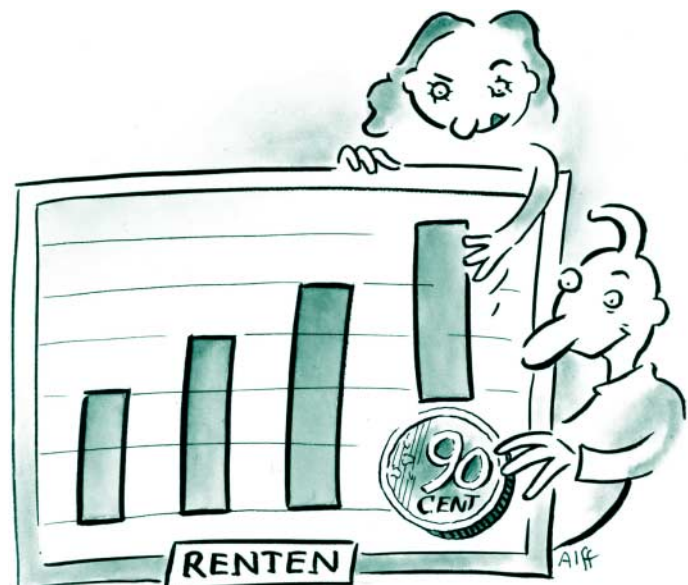
Im gleichen Umfang von einem Drittel Promille muss jährlich der Arbeitgeber einen zusätzlichen Beitrag leisten. In Anbetracht von Produktivitätssteigerungen von 1,8 Prozent jährlich wird das auch keinen Arbeitgeber überfordern!

Aber nein! Es gilt das Dogma: 22 Prozent bis 2030! Dafür wird lieber eine weitere deutliche

Verschlechterung der Rentenversicherung in Kauf genommen. Und in der Öffentlichkeit wird über Demografie geredet. Davon, dass demnächst auf einen Beitragszahler ein Rentner kommt. Das hört sich „schön“ bedrohlich an. Es ist aber nicht das eigentliche Problem.

? Die Frage lautet: Sind wir bereit, jedes Jahr 90 Cent im Monat von unserem Lohnzuwachs zusätzlich in die Rentenkasse zu stecken, damit die heute Jungen in 30 oder 40 Jahren eine Rente nach den gegenwärtig gültigen Regelungen erhalten?

⁴ Siehe hierzu unter anderem: Lohnnebenkosten senken: schafft und sichert keine Arbeitsplätze. ver.di-Bundesvorstand. 2003



Politische Gestaltung gefordert

Die demografischen Verschiebungen in den nächsten Jahrzehnten können mit einer deutlichen Ausweitung der Erwerbstätigkeit und mit einer gerechten Verteilung der Produktivitätsgewinne mehr als aufgefangen werden. Darüber hinaus kann der Wohlstand für alle weiter gesteigert werden.

Ob dieser Weg möglich ist, wird in den Auseinandersetzungen über die weitere soziale und politische Ausgestaltung der Gesellschaft entschieden. Notwendig ist in vielen politischen Feldern ein grundlegender Kurswechsel.

ver.di hat zu den verschiedenen Handlungsfeldern bereits ausführliche Argumente und Vorschläge präsentiert. Im Nachfolgenden werden die wichtigsten politischen und sozialen Gestaltungsfelder skizziert.

Wirtschaftspolitik für mehr Beschäftigung

Von herausragender Bedeutung ist eine beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik, mit der die Massenarbeitslosigkeit bekämpft, der Beschäftigungsstand und die Produktivität unter sozialer Kontrolle erhöht wird.

Massenarbeitslosigkeit kostet:

Die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit leistet einen wichtigen Beitrag zur besseren Finanzierung der Sozialsysteme. Die gegenwärtigen Finanzierungsprobleme der Renten- und Krankenversicherung und vor allem der Arbeitslosenversicherung haben mit dem demografi-

schen Wandel, der erst nach 2020 stärker wirksam wird, überhaupt nichts zu tun. Sie liegt vor allem an den ausfallenden Einnahmen und steigenden Kosten durch die wachsende Arbeitslosigkeit. Mit über 80 Milliarden Euro werden Staat und Sozialversicherungen im Jahr 2003 dadurch belastet. Das entspricht sechs Prozentpunkten bei den Sozialbeiträgen.

Die Halbierung der Arbeitslosigkeit durch mehr Beschäftigung ermöglicht um drei Prozentpunkte niedrigere Sozialbeiträge.

Statistik schönen? Die Demografie zu beklagen, Erwerbslose durch Entzug von Leistungen und verstärkten Druck aus der Arbeitslosenstatistik zu entfernen und in Mini-Jobs oder „Ich-AGs“ zu treiben ist keine Lösung. Davon können Menschen kaum leben und das hilft auch den Sozialkassen nicht, weil sie nichts oder kaum etwas einzahlen.

Mini- und Midi-Jobs: 600 Millionen Euro Verlust

Die angebliche „Erfolgsstory“ mit hunderttausenden neuen Mini- und Midi-Jobs ist ein Verlustgeschäft, weil normal sozialversicherte Arbeitsplätze umgewandelt wurden. Auf über 600 Millionen Euro schätzt die Bundesanstalt für Arbeit die jährlichen Beitragsausfälle. Statt mehr Beschäftigung bringen diese „Arbeitsmarktreformen“ vor allem mehr Armut, mehr Unsicherheit und verstärkten Druck auch auf die regulären Einkommen in allen Bereichen, in denen die Billig-Jobber als Konkurrenz auftreten. Und geringere Einkommen bedeuten wieder geringere Sozialbeiträge und weniger Nachfrage.

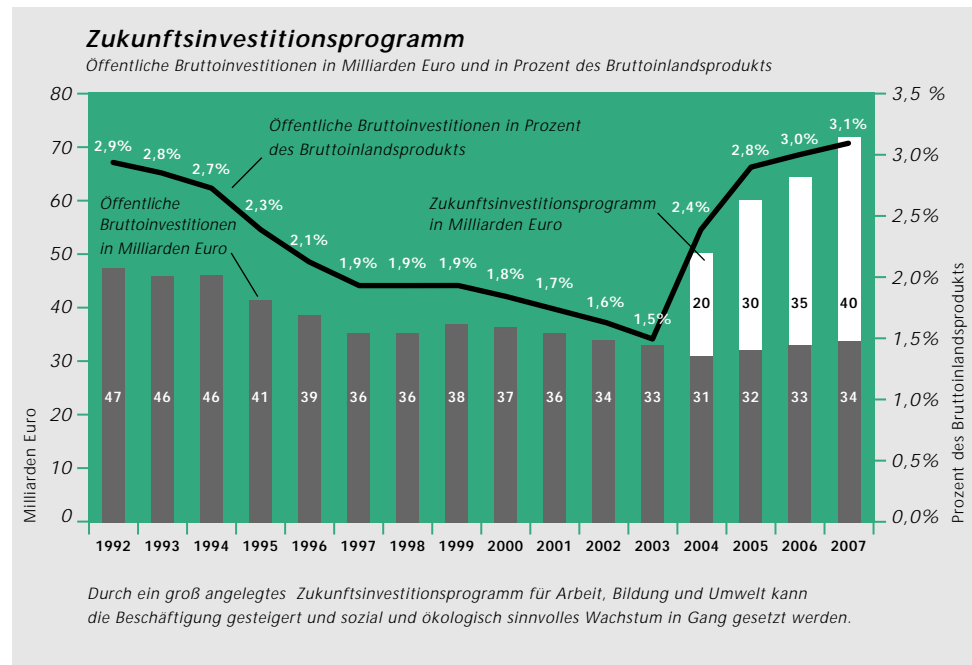
Zu schwache Binnennachfrage:

Nicht zu hohe Löhne oder Sozialkosten sind das Problem unserer Wirtschaft, sondern zu geringe Nachfrage. Wenn ein Unternehmen genug Aufträge hat, kann es auch gute Einkommen zahlen und verdient immer noch genug. Das Problem ist nicht der Export und die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Hier ist Deutschland weiterhin Spitze.

Die Schwäche der Binnennachfrage ist die Achillesferse der deutschen Wirtschaft. Sie blockiert einen Aufschwung und ein verstärktes Wachstum der Wirtschaft und der Beschäftigung.

Zu niedrige Lohnabschlüsse, Sozialkürzungen und verschärfte staatliche Sparpolitik sind kein Ausweg aus der Krise, sondern machen alles nur noch schlimmer. Die Einkommenssteigerungen müssen mindestens dem Produktivitätszuwachs und dem Preisanstieg entsprechen, damit die kaufkräftige Nachfrage nicht noch mehr stranguliert wird. Die staatliche Kürzungspolitik der letzten Jahre hat die Krise verlängert. Deshalb haben alle Sparanstrengungen nicht verhindert, dass es trotzdem zu immer höheren Defiziten kam.

Zukunftsinvestitionsprogramm: Dringend notwendig ist ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt. Die öffentlichen Investitionen müssen in den nächsten Jahren schrittweise um 40 Milliarden Euro gesteigert und damit mehr als verdoppelt werden. Damit wird wieder ein Niveau erreicht, wie es in anderen europäischen Ländern - etwa in Frankreich - üblich ist. Damit kann die Zahl der Beschäftigten um über eine halbe Million gesteigert und eine neue Wachstumsdynamik in sozial und ökologisch



sinnvollen Bereichen ausgelöst werden. Den ersten Schritt muss dabei ein Sofortprogramm im Umfang von 20 Milliarden Euro bilden.

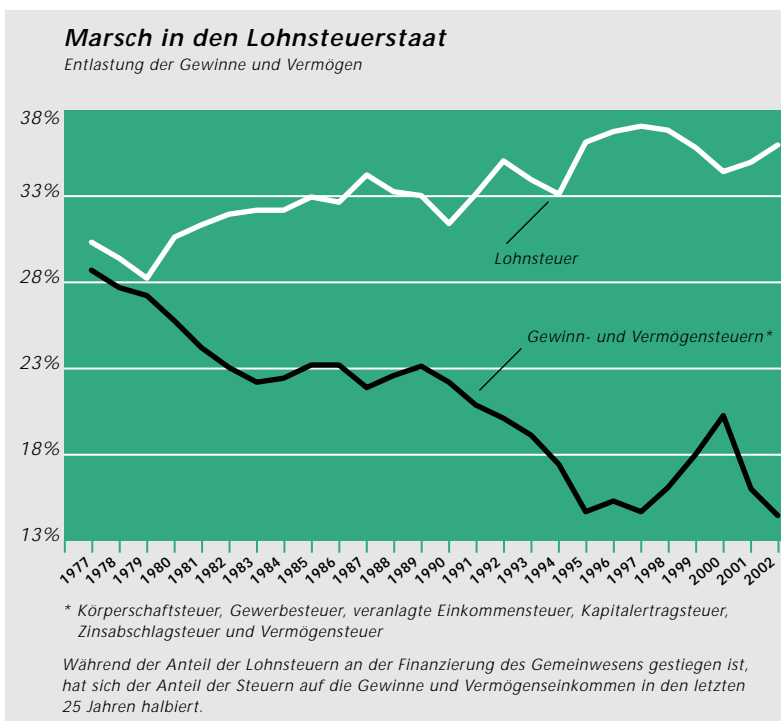
Das Zukunftsinvestitionsprogramm soll vorrangig den Kommunen zufließen, damit sie den Unterhalt und Ausbau der Infrastruktur sicherstellen können. Vor allem kleinere und mittlere Unternehmen, die regional ansässig sind, erhalten so neue Aufträge. Durch den Ausbau der Tageseinrichtungen für Kinder und sozialer Dienstleistungen können neue Beschäftigungsfelder erschlossen und die Arbeitsmöglichkeiten von Eltern grundlegend verbessert werden. Dies ist notwendige Voraussetzung für die Steigerung der Erwerbsquote der Frauen.

Um die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, ist ein grundsätzlicher Kurswechsel der Wirtschaftspolitik notwendig. Wir brauchen ein Zukunftsinvestitionsprogramm für Arbeit, Bildung und Umwelt.

Nachfrageimpulse durch gerechte Besteuerung: Das Zukunftsinvestitionsprogramm muss durch eine Stärkung der Staatseinnahmen und mehr Steuergerechtigkeit finanziert werden.

Es geht nicht um noch höhere Abgaben für die Beschäftigten und die Verbraucher, sondern um den Verzicht auf sinnlose Steuergeschenke für Unternehmen, Großverdiener und Vermögende. Diese haben schon in der Vergangenheit für mehr Beschäftigung nichts gebracht, sondern sind versackt. Öffentliche Aufträge und Zukunftsinvestitionen dagegen bringen verlässlich mehr Wachstum und Beschäftigung. ver.di fordert insbesondere:⁵

⁵ Genauere Darstellung siehe: Staatsfinanzen stärken! ver.di Bundesvorstand 2002



In dem Maße, wie es gelingt, dass Unternehmen, Spitzenverdiener und Reiche wieder einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung notwendiger staatlicher Aufgaben leisten, wird der Staat auch wieder Impulse für mehr Beschäftigung setzen können.

Rahmenbedingungen für Erwerbstätigkeit verbessern

Beschäftigungschancen für Ältere erhöhen: Von den 55- bis 64-Jährigen sind 37 Prozent erwerbstätig. In der Altersgruppe der 60- bis 65-Jährigen sind es gerade einmal 20 Prozent.

Bei betrieblichen Beschäftigungsproblemen sind zuallererst ältere Kolleginnen und Kollegen betroffen. Hinzu kommt, dass in vielen Branchen die psychischen und körperlichen Belastungen so hoch sind, dass viele Beschäftigte bereits mit 55 Jahren am Ende sind. In etlichen Berufen erfolgt mehr als die Hälfte des Rentenzugangs auf Grund von Frühinvalidität.

Wenn in Zukunft die Erwerbsquote auch von älteren Beschäftigten wieder ansteigen soll, müssen die Arbeitsbedingungen so verändert werden, dass die Arbeit auch von Älteren geleistet werden kann. Auch muss die beständige berufliche Fort- und Weiterbildung verbessert werden.

- Verzicht auf die geplante Senkung des Spitzensteuersatzes von 48,5 auf 42 Prozent, die allein sechs Milliarden Euro kostet.
- Wiedereinführung einer reformierten Vermögensteuer und eine höhere Besteuerung großer Erbschaften.
- Durch die Reform der Gewerbe- und Gewinnsteuern muss sichergestellt werden, dass die Unternehmen wieder angemessen zur Finanzierung der Infrastruktur und der öffentlichen Leistungen beitragen. Die Steuerschlupflöcher für Konzerne und internationale Unternehmen müssen gestopft werden.

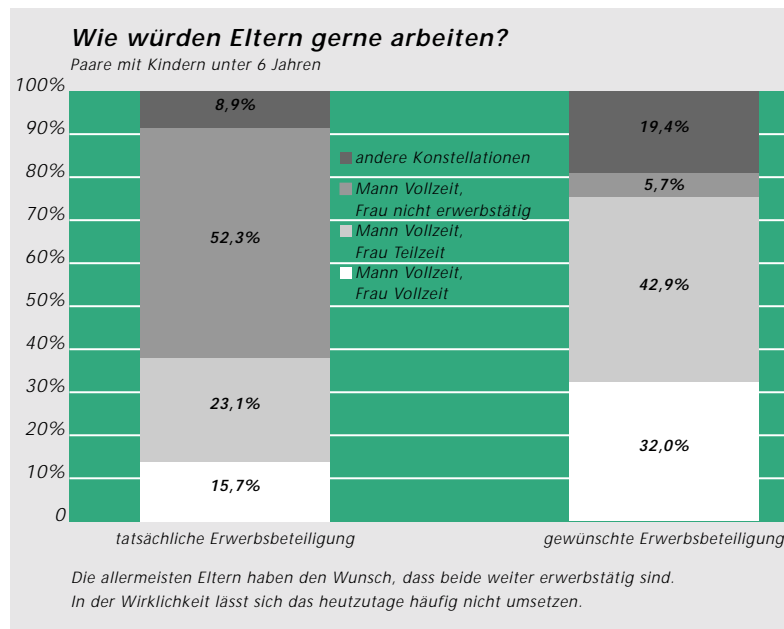
Es darf nicht weiter angehen, dass große und finanzstarke Unternehmen wie Daimler-Chrysler, Telekom, BMW und viele andere hierzulande praktisch keine Steuern mehr zahlen.

Durch die Umsetzung unserer Forderungen können zusätzliche Steuereinnahmen von über 50 Milliarden Euro im Jahr erzielt werden.

Insbesondere körperlich oder psychisch sehr belastende Tätigkeit oder Schichtarbeit, vor allem wenn sie mit hohen Nachtschichtanteilen verbunden ist, kann von vielen, die älter als 40, höchstens 50 Jahre sind, kaum noch geleistet werden. Deshalb müssen insbesondere für diese Arbeitsbereiche Alternativen entwickelt werden. Denkbar ist zum Beispiel eine systematische zeitliche Begrenzung von Schichtarbeit während einer Arbeitsbiografie. Dies ist aber nur möglich, wenn jedem Schichtbeschäftigten mit 40 Jahren die Qualifikationsmöglichkeiten für einen Tätigkeits- oder sogar Berufswechsel angeboten werden.

Arbeitsbedingungen familienfreundlich gestalten: Wir brauchen eine sozialverträgliche Arbeitszeitgestaltung, die den familiären Anforderungen der Beschäftigten entgegenkommt. Besondere Lebenslagen benötigen besondere Arbeitszeitregelungen – egal ob es um mehr Zeit für Familienaufgaben, Aus- oder Fortbildung geht.⁶

Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen über zukunftsweisende Arbeitszeitmodelle und diskriminierungsfreie Teilzeitarbeit sind Voraussetzung für eine Erhöhung der Erwerbsquote. Betriebliche Gleichstellung muss gesetzlich verpflichtend werden.



Die Bundesregierung hat mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft im Sommer 2001 eine Vereinbarung geschlossen. Danach sollen die Wirtschaftsverbände ihren Mitgliedern die Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie Familienfreundlichkeit empfehlen. Die Erfahrungen haben inzwischen gezeigt, dass eine freiwillige Vereinbarung nicht ausreicht.

Klar ist, dass sich einzelne Betriebe dabei insbesondere an solchen Maßnahmen orientieren sollen, die sie aufgrund ihrer Beschäftigungsstruktur als vorrangig ansehen. Folgende Ziele sind zu realisieren:

- Mehr Frauen in Führungspositionen
- Bessere Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie
- Keine Lohndiskriminierung von Frauen und Mädchen
- Ausbildung von Mädchen und Frauen in zukunftssichere Arbeitsplätze

⁶ Mehr Informationen zu den Themen Arbeitszeit, Zeitpolitik und Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellen die Projekte der ver.di-Bereiche Tarifpolitik und Frauen- und Gleichstellungspolitik zur Verfügung: www.verdi.de/nimm-dir-die-zeit, www.verdi.de/frauen

In Bildung investieren: Die Pisa-Studie hat gezeigt, dass Deutschland eines der selektivsten Schulsysteme hat. Kinder aus sozial schwächeren Familien erreichen viel seltener höhere Schulabschlüsse als Kinder von gutverdienenden Eltern. Ganz besonders gilt dies für Kinder aus Migrantenfamilien. Die Weichen für erfolgreiches Lernen werden dabei schon sehr frühzeitig gestellt.

Da das deutsche Schulsystem im Wesentlichen auf der Halbtagschule basiert, besteht nachmittags Betreuungsbedarf. Eltern, meistens die Mütter, sind in ihrer Berufstätigkeit eingeschränkt.

Die Bundesregierung stellt deshalb Finanzmittel zur Verfügung, mit denen Länder und Kommunen die Betreuungs- und Bildungsangebote verbessern können. Zwischen 2003 und 2007 sind insgesamt vier Milliarden Euro für die Einrichtung von Ganztagschulen vorgesehen.

10.000 Ganztagschulen sollen zusätzlich eingerichtet werden. Jede Schule kann über die nächsten Jahre hinweg einen maximalen Betrag von 400.000 Euro erhalten. Damit muss sie notwendige bauliche Maßnahmen bestreiten – zum Beispiel eine Kantine für das Mittagessen einrichten. Für die zusätzlich notwendige Betreuung am Nachmittag reicht das Geld dann oft nur noch für Honorarkräfte ohne ausreichende Qualifikation.

Die vier Milliarden Euro, die auch noch über fünf Jahre verteilt ausgegeben werden, gleichen daher dem berühmten Tropfen auf den heißen Stein. Der Ausbau von Ganztagschulen, die in unseren Nachbarländern längst üblich sind, ist immerhin ein Schritt in die richtige Richtung. Doch Ganztagsbetreuung muss flächendeckend und auch für die Kleinen angeboten werden. Dafür sind statt vier Milliarden Euro zwischen 17 und 30 Milliarden Euro jährlich erforderlich.⁷

Eine bedarfsgerechte Versorgung mit Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen erfordert öffentliche Mittel bis zu 30 Milliarden Euro pro Jahr. Zusätzlich muss eine Verbesserung der Qualität vorschulischer und schulischer Bildung die durch Pisa aufgedeckten Mängel verringern.

Und wer betreut die Pflegebedürftigen? Frauen sind nicht nur überwiegend für die Kinder zuständig. Sie sind auch für Eltern oder

Schwiegereltern da, wenn diese sich selbst nicht mehr versorgen können.

Über 70 Prozent der gut zwei Millionen Pflegebedürftigen, die Leistungen aus der Pflegeversicherung erhalten, werden von Angehörigen im privaten Haushalt versorgt. Die versorgenden Angehörigen sind zu 80 Prozent Frauen.

Die Versorgung von Angehörigen ist kaum zu bewerkstelligen, wenn die Pflegenden berufstätig sind. Sie müssen ihre Berufstätigkeit unterbrechen oder ganz aufgeben. Sie wären sonst schnell überlastet und selbst in ihrer Gesundheit beeinträchtigt. Eine Unterbrechung der Berufstätigkeit ist jedoch wie bei einer Unterbrechung während der Elternzeit mit Qualifikationsverlusten verbunden.

Zudem wollen viele ältere Menschen heute ihr eigenes Leben führen. Auch bei gesundheitlichen Problemen möchten sie ungern ihre gewohnte Umgebung verlassen und sich in den Haushalt ihrer Kinder einfügen.

Der Ausbau mobiler Pflegedienste, professionelle häusliche Hilfen und eine Unterstützung gemeinsamer Wohnformen für Seniorinnen und Senioren bringt Entlastung für alle Generationen. Die Älteren können selbst ihr Wohnumfeld wählen, und die Jüngeren, vor allem Frauen, können ihre berufliche Lebensplanung besser verwirklichen.

⁷ Vgl. die 2001 von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierte Studie von Michaela Kreyenfeld, Katharina C. Spieß und Gert G. Wagner: Finanzierungs- und Organisationsmodelle institutioneller Kinderbetreuung



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.

Fax: 030/6956-3070

Ich möchte Mitglied werden ab:

Monat/Jahr

Persönliche Daten:

Name _____

Vorname/Titel _____

Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geburtsdatum _____

Nationalität _____

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

Arbeiter/in Angestellte/r

Beamter/in DO-Angestellte/r

Selbstständige/r freie/r Mitarbeiter/in

Vollzeit

Teilzeit _____ Anzahl Wochenstd.

Erwerbslos

Wehr-/Zivildienst bis _____

Azubi-Volontär/in-Referendar/in bis _____

Schüler/in-Student/in bis _____

Praktikant/in bis _____

Altersteilzeit bis _____

Sonstiges _____

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale) _____

Straße/Hausnummer im Betrieb _____

PLZ _____ Ort _____

Personalnummer im Betrieb _____

Wirtschafts-/Geschäftszweig _____ ausgeübte Tätigkeit _____

ich bin Meister/in-Techniker/in-Ingenieur/in

Ich war Mitglied der Gewerkschaft: _____

von: _____ bis: _____

Monat/Jahr

Monat/Jahr

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di e.V., den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

monatlich halbjährlich

vierteljährlich jährlich

einziehen.

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort) _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name Kontoinhaber/in (Bitte in Druckbuchstaben) _____

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in _____

Tarifvertrag _____

Tarifl. Lohn- oder Gehaltsgruppe bzw. Besoldungsgruppe _____

Tätigkeits-/Berufsjahr, Lebensalterstufe _____

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst _____

Euro _____

Monatsbeitrag

Euro _____

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich. Für Hausfrauen/Hausmänner, Schüler/innen, Studierende, Wehr-, Zivildienstleistende, Erziehungsgeldempfänger/innen und Sozialhilfeempfänger/innen beträgt der Beitrag € 2,50 monatlich. Jedem Mitglied steht es frei, höhere Beiträge zu zahlen.

Datenschutz

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Datum/Unterschrift _____

Werber/in:

Name _____

Vorname _____

Mitgliedsnummer _____

WEITERFÜHRENDE LITERATUR:

ver.di-Materialien, verfügbar unter www.verdi.de/wirtschaftspolitik:

■ Staatsfinanzen stärken. Zukunftsaufgaben zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum

■ Mehr Einkommen, mehr Kaufkraft! Lohnpolitik für Einkommen, Nachfrage und Beschäftigung

■ „Lohnnebenkosten“ senken? Schafft und sichert keine Arbeitsplätze

■ Positionspapier „Wirtschafts- und Finanzpolitik“, Beschluss des ver.di Bundesvorstand Berlin vom 27. Januar 2003

Sonstiges Material:

■ Statistisches Bundesamt: Bevölkerung Deutschlands von 2002 bis 2050. 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2003

■ Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung: Nachhaltigkeit in der Finanzierung der Sozialen Sicherungssysteme. Bericht der Kommission, Berlin, August 2003 (Bericht der „Rürup-Kommission“)

■ Ursula Engelen-Kefer/Klaus Wiese (Hrsg.): Sozialstaat – solidarisch, effizient, zukunftsicher. Alternativen zu den Vorschlägen der Rürup-Kommission, Hamburg 2003.

■ Karl Schwarz: 100 Jahre Geburtenentwicklung, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, Heft 4/1997



Wirtschaftspolitik ver.di



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft